



GR 06/2016

Niederschrift

der **SITZUNG** des **GEMEINDERATES** am **DONNERSTAG, 15. Sep. 2016,**
um **20.00 Uhr** im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes Radfeld:

Anwesend:

Bürgermeister Mag. Josef Auer, Bgm.-Stv. Friedrich Fischler und die Gemeinderäte Mayr Maria, Laiminger Christian, Klingler Andreas, Stock Karin, Ostermann Hans Peter, Weinberger Claudia, Rupprechter Markus, Huber Friedrich, Widmann Birgit, Wiener Anton, Seiwald Gottfried, Hermann Wiener und Ersatzmann Adolf Streng.

Weiters: Al. Peter Hausberger als Schriftführer.

Nicht anwesend und entschuldigt: GR Thomas Laimgruber

Tagesordnung:

1. Bericht des Bürgermeisters.
2. Bericht über die letzte Sitzung des „Ausschusses f. Bau- u. Raumordnung-VUKW“.
3. Erlassung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Gst. Nr. 2090/5 (Walmet Immobilien GmbH).
4. Förderung von Saisonkarten für einheimische Kinder u. Jugendliche bzw. Familien in der Wintersaison 2016/2017.
5. Beratungen und eventuelle Beschlussfassungen betreffend kinderbetreuungsrelevanter Punkte.
6. Bericht über die bisher durchgeführten Straßen-, Wasserleitungs-, Straßenbeleuchtungs-, etc. –bauarbeiten u. Beratung über die weitere Vorgangsweise.
7. Besprechung von Fragen zu Asylwerbern/Flüchtlingen.
8. Bericht über den derzeitigen Stand betreffend Gründung eines Wasserverbandes.

9. Auftragsvergabe zur Erstellung der Gemeindezeitung und weitere redaktionelle Vorgangsweise.
10. Anträge, Anfragen, Allfälliges.
11. Mietzins- und Annuitätenbeihilfeansuchen.

Die Sitzung war öffentlich.

Verlauf der Sitzung:

Vor Beginn mit der Tagesordnung leistet Ersatzmann Adolf Streng in die Hand des Bürgermeisters das Amtsgelöbnis nach § 28 Abs. 1 Tiroler Gemeindeordnung.

Auf Grund eines Dringlichkeitsantrages des Bürgermeisters werden anschließend noch folgende Punkte in die Tagesordnung aufgenommen:

als Punkt 10 mit 11 Stimmen bei 4 Gegenstimmen:

Beratung in der Rechtssache „Poidlweg“.

als Punkt 11 mit 12 Stimmen bei 3 Gegenstimmen:

Subventionsansuchen.

Damit verschieben sich die Punkte „Anträge, Anfragen, Allfälliges“ und „Mietzins- und Annuitätenbeihilfeansuchen“ entsprechend (Punkt 12 bzw. 13).

1. Bericht des Bürgermeisters:

- Der Bürgermeister berichtet, dass die Gemeinde vom Land eine Nachzahlung über € 24.710,96 für den Einsatz von pädagogischen Fachkräften in Kinderbetreuungseinrichtungen erhalten hat. Frau Gertraud Gamper hat ihm nämlich berichtet, dass bisher bei den Förderansuchen immer insofern falsch angesucht wurde, dass nämlich die Förderungsbasis von der Gemeinde zu niedrig an das Land gemeldet wurde (z.B. Dienstgeberbeitrag wurde nicht mit eingerechnet). Frau Gamper hat dann vom Land die telefonische Auskunft erhalten, dass wir dafür nachträglich keine Ansprüche geltend machen können. Daraufhin hat sich der Bürgermeister die ganze Sache genauestens angeschaut und trotzdem ein Ansuchen um nachträgliche Berücksichtigung für die Jahre 2013 und 2014 an das Land gestellt. Daraufhin wurde uns dieser hohe Betrag von € 24.710,96 überwiesen. Der Bürgermeister weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass er seinerzeit heftig kritisiert wurde, weil er Frau Gamper ohne Entscheidung im Gemeinderat (aber konform mit den Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung) angestellt hat. Er hat damals aufgrund der zeitlichen Notwendigkeit diese Verantwortung übernommen und war überzeugt mit Frau Gamper eine gute Wahl getroffen zu haben, was sie inzwischen nachhaltig bestätigt hat.
- Der Bürgermeister informiert darüber, dass die Baugenossenschaft Frieden mit dem Bau des Projekts „Betreubares Wohnen in Radfeld“ erst im Herbst 2017

beginnen wird. Die Ursache liegt darin begründet, dass der Baubescheid erst nach dem Wasserrechtsbescheid ausgestellt werden kann, sich aber die Arbeiten für den Wasserrechtsbescheid verzögert haben.

2. Bericht über die letzte Sitzung des „Ausschusses f. Bau- u. Raumordnung-VUKW“:

Der Bürgermeister gibt einen kurzen Bericht über die am 25.08.2016 durchgeführte Sitzung und verweist darauf, dass er das Protokoll dieser Sitzung bereits an alle Gemeinderäte per Mail zugestellt hat.

Kurz zusammengefasst wurden folgende Punkte behandelt:

I. Ansuchen von Stefan Schuler (Bebauungsplan):

Die geforderten Punkte wurden für den Bebauungsplan erfüllt. Die Gemeinde wird den Auftrag für die Erstellung des Bebauungsplanes an den Raumplaner DI Christian Kotai erteilen.

II. Weitere Beratung bzgl. zu beschließender örtlicher Bauvorschriften (2. OG, Höhe von Einfriedungen, Abstand baulicher Anlagen von öffentlichen Straßen):

Der Bürgermeister erläutert für die anwesenden Zuhörer die Zielsetzung dieser Bauvorschriften und verweist darauf, dass bereits bei dieser Sitzung vorwiegend Einigkeit zu den einzelnen Vorschriften bestand. Er werde die Angelegenheit nochmals mit dem Ausschuss beraten und anschließend dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen (voraussichtlich im Spätherbst).

III. Beratung bzgl. einer eventuellen Umstellung auf funkgesteuerte Wasserzähler:

Für diese Maßnahme sind noch eine Reihe von offenen Fragen zu klären. Dieser Tagesordnungspunkt wurde daher verschoben.

IV. Beratung bzgl. diverser vorgebrachter Wünsche aus der Bevölkerung:

a) Verkehrsberuhigung Siedlung – Bahnweg:

Höcker werden gemäß Gemeinderatsbeschluss nicht mehr gebaut. Es ist bereits eine 30 km/h Zone verordnet, daher besteht kein Handlungsbedarf.

b) Verkehrsberuhigung bei Straße NHT:

Keine 30 km/h Zone vorgesehen, da andere Zonen abgewertet würden. Es ist auch keine Wohnstraße vorgesehen. GV Huber schlägt das Aufstellen einer Hinweistafel „Achtung Kinder“ vor. Dieser Vorschlag wird befürwortet.

Bei der „Kreuzung Watson“ biegen anscheinend viele nach links Richtung Rattenberg ab, stehen dann beim Hillebrand vor dem Schild „Einbahn“ und müssen umkehren. Mögliche Lösung: Hinweistafel „Sackgasse“ bei der „Kreuzung Watson.“

c) Von Gasse „Schindler“ Richtung Bahnweg eventuell Spiegel:

Die Montage eines Spiegels erscheint in diesem Bereich nicht zweckmäßig bzw. schwer möglich (Erlaubnis des Grundstückseigentümers notwendig).

d) Kreuzung Feldgasse:

Ein Verkehrstechniker hat schon vor längerer Zeit die bestmögliche Lösung erarbeitet und diese wurde auch so umgesetzt. Eine bessere Lösung ist derzeit nicht in Aussicht.

e) Ansuchen um Errichtung von drei Höckern für das „Sonnfeld“:

Es wird festgestellt, dass in diesem Bereich bereits eine 30 km/h Zone verordnet und fast kein „fremder Verkehr“ zu verzeichnen ist. Mobile Höcker sind auch keine Lösung. Weiters sind Schilder „Wohnstraße“ installiert, obwohl es keine Verordnung dafür gibt. Eine Prüfung durch einen Gutachter ist verhältnismäßig teuer und wird nicht in Betracht gezogen. Es wird vereinbart, im Bereich der Wohnanlage Geschwindigkeitsmessungen durch die Gemeinde durchzuführen.

Der Bericht des Bürgermeisters als Obmann des Ausschusses wird zur Kenntnis genommen.

3. Erlassung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Gst. Nr. 2090/5 (Walmet Immobilien GmbH):

Der Bürgermeister verweist darauf, dass dieser Punkt – wie bereits unter Pkt. 2 erörtert - wegen eines fehlerhaften Entwurfes bereits zweimal vertagt wurde (Geschoßanzahl, Nutzflächendichte, Abstand von der Straße).

Der nunmehr vorliegende Entwurf wurde vom Raumplaner entsprechend dieser Vorgaben abgeändert und liegt zur Beschlussfassung vor.

Anschließend wird der Entwurf dem Gemeinderat samt Ortsplanerischer Stellungnahme zur Kenntnis gebracht.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat gemäß § 66 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011, LGBl. Nr. 56, einstimmig, den von DI Kotai/Autengruber ausgearbeiteten Entwurf über die Erlassung eines Bebauungsplanes für den gesamten Bereich der Grundparzelle 2090/5 Vermessung DI Patka GZl. 15-176), laut planlicher und schriftlicher Darstellung des DI Kotai/Autengruber, GZl. BEB 18-2016 in der Fassung vom 31.08.2016, durch vier Wochen hindurch vom 19.09.2016 bis einschl.17.10.2016 zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wird gemäß § 66 Abs. 2 TROG 2011 der Beschluss des Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

4. Förderung von Saisonkarten für einheimische Kinder u. Jugendliche bzw. Familien in der Wintersaison 2016/2017:

Der Bürgermeister verweist auf die bisherige Vorgangsweise in der Angelegenheit und stellt den Antrag diese Förderung an Kinder und Jugendliche aus Radfeld so wie bisher zu gewähren.

Daraufhin beschließt der Gemeinderat nach kurzer Beratung einstimmig:

Die Gemeinde Radfeld fördert auch in der kommenden Schisaison Kinder und Jugendliche mit dem Hauptwohnsitz in Radfeld von 6 bis 18 Jahren (bis einschl. Jahrgang 1998) beim Kauf einer Saisonkarte innerhalb von Tirol mit einem Betrag von € 30,- pro Kind bzw. Jugendlichen. Die Förderung wird auch für Karten im Rahmen von Familiensaisonkarten gewährt und ist beim Gemeindeamt unter Vorlage bzw. Nachweis der Rechnungen zu beantragen.

5. Beratungen und eventuelle Beschlussfassungen betreffend kinderbetreuungsrelevanter Punkte:

Der Bürgermeister verweist auf seine an alle Gemeinderäte übermittelte Übersicht betreffend kinderbetreuungsrelevanter Punkte und berichtet, dass es in dieser Angelegenheit bereits während des Sommers viele Teilgespräche gegeben hat. Außerdem fand dazu am 8.09.2016 eine Sitzung des Ausschusses für Jugend und Bildung statt.

Bei der heutigen Sitzung ist jedenfalls über folgende Punkte abzustimmen:

- Kosten für den Mittagstisch im Kindergarten Radfeld
- Kosten für den Mittagstisch in der Volksschule
- Ansuchen des Vereines Kinderheim Rattenberg um Förderung der Nachmittagsstunden für Radfelder Kinder in der Höhe von € 1,- (wie bei den Fröschlein)

Die Gemeinderäte erhalten in nächster Zeit auch noch detaillierte Informationen zu weiteren Punkten.

Seine Vorstellung sei es, dass man alle weiteren notwendigen Maßnahmen wie z.B. Öffnungszeiten, Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung Schule, Sommerbetreuung usw. jeweils am Beginn eines Jahres (evtl. Februar) beschließen werde. Nur jene Punkte, für die es im Februar noch zu früh ist, sollen zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen (Sommerbetreuung) werden.

Zu klären sei auch noch, ob man die relevanten Beschlüsse jeweils zum 1. Jänner (also zum jeweiligen Jahresbeginn) oder für das zweite Semester beschließen soll (mit Ausnahme der Kindergartengebühren, welche im Zuge des Voranschlages beschlossen werden).

Auf Antrag von GR Ing. Gottfried Seiwald spricht sich der Gemeinderat einstimmig für eine Beschlussfassung bzw. Wirksamkeit jeweils ab 1. Jänner eines Jahres aus.

Weiters beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig:

Die Kosten für den Mittagstisch im Kindergarten Radfeld werden mit € 3,50 pro Essen und für die Volksschule Radfeld mit € 5,00 pro Essen festgesetzt.

Die Nachmittagsstunden für Radfelder Kinder in der Kinderbetreuungseinrichtung des Vereines Kinderheim Rattenberg werden bis auf weiteres – voraussichtlich bis 31.12.2016 - mit € 1,- pro Stunde (so wie derzeit bei den Radfelder Fröschlein) gefördert.

6. Bericht über die bisher durchgeführten Straßen-, Wasserleitungs-, Straßenbeleuchtungs-, etc. -bauarbeiten und Beratung über die weitere Vorgangsweise:

Der Bürgermeister gibt dazu nachfolgenden kurzen Bericht:

Von der Strabag wurden bereits die meisten Aufträge ausgeführt. Verschiedene Arbeiten wurden vom Bauhof in Eigenregie durchgeführt (Rohrbrüche). Nach derzeitigem Stand ist das für diese Arbeiten vorgesehene Budget ausgeschöpft.

Einige Asphalt-Sanierungen (Rohrbrüche) werden von der Strabag noch im November erledigt, die Rechnungslegung dafür erfolgt 2017.

7. Besprechung von Fragen zu Asylwerbern/Flüchtlingen:

Bericht:

Der Bürgermeister gibt zu Beginn dieses Punktes eine Zusammenfassung des bisherigen wesentlichen Verlaufes der Angelegenheit:

- Bei der letzten Gemeinderatssitzung hat sich der Gemeinderat einstimmig gegen die Unterbringung von Flüchtlingen am vorgesehenen Standort Dorfstraße 54a (Pension Franzenhof) ausgesprochen – weder Erwachsene noch unbegleitete Minderjährige.
- Dieser Beschluss wurde den Tiroler Sozialen Diensten (TSD) und Herrn Johannes Gasteiger schriftlich mitgeteilt.
- Nach Bekanntwerden der Angelegenheit in der Öffentlichkeit wurden von mehreren Personen Unterschriftensammlungen gegen dieses Vorhaben initiiert.
- Es wurden dazu ca. 750 Unterschriften gesammelt und dem Bürgermeister übergeben (obwohl in der Siedlung noch kaum „gesammelt“ wurde).
- Von Herrn Johannes Gasteiger wurde beim gemeinsamen Gespräch mit den TSD angekündigt, dass das Projekt möglicherweise bereits im Herbst 2016 stattfinden könnte. Dies wurde von seinem Bruder Josef insoweit korrigiert, dass dies wegen noch aufrechter Verträge mit Feriengruppen frühestens im Mai 2017 möglich wäre.
- In einem Artikel der Tiroler Tageszeitung wird eine Aussage vom GF der TSD, Herrn Harald Bachmeier, zitiert, wonach eine Unterbringung von Flüchtlingen gegen den Willen der Gemeinde nicht stattfindet.
- Es erging auch ein weiteres Schreiben von Herrn Gasteiger Johannes an die Gemeinde (Schreiben vom 8.09.2016), welches vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht wird. In diesem Schreiben teilt Herr Gasteiger ua. mit, dass die Unterbringung von erwachsenen Asylwerbern nicht mehr zur Diskussion steht, sondern die Unterbringung von bis zu 30 minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlingen mit „Rund um die Uhr - Betreuung“ favorisiert wird. Er bittet nun um eine schriftliche Stellungnahme der Gemeinderäte/innen und des Bürgermeisters bis Ende September (Bürgermeister und Gemeinderat) unter Angabe von Gründen, die gegen ein Heim für UMF in der Pension Franzenhof sprechen. Wenn von der Gemeindevertretung gewichtige und vernünftige Gründe vorgebracht werden, werde er von einer Unterbringung Abstand nehmen. Inzwischen habe er die Verhandlungen mit den TSD auf Eis gelegt.

Der Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister an Herrn Gasteiger ein Schreiben zu richten, mit dem ihm unter anderem mitgeteilt wird, dass sich der Gemeinderat als Vertreter der Radfelder Bevölkerung sieht und daher auch den Wunsch und die Bedenken der Radfelder respektiert und versteht.

Beratung – Diskussion:

In der folgenden, ausführlichen und teils sehr emotional geführten Diskussion – an der auch einige der sehr zahlreich anwesenden Zuhörer teilnehmen – werden die Standpunkte und Meinungen sowie Wünsche zu dieser Angelegenheit sehr deutlich dargelegt.

Unter anderem wird vorgebracht:

Aus Sicht der (meisten) Zuhörer ist der Standort im Dorfzentrum einfach nicht geeignet (direkte Nachbarschaft zu Kirche, Friedhof, Geschäft, Bank).

Es bestehen massive Bedenken und Ängste, insbesondere in Bezug auf Sicherheit und Ordnung.

Bei einer Unterbringung einer derartigen Anzahl Jugendlicher sind jedenfalls auch - trotz der zugesicherten „Rundumbetreuung“ mit Komplikationen, Streitigkeiten und etwaigen Übergriffen zu rechnen.

Es besteht der Wunsch und das Bedürfnis fast aller Anwesenden, diese Bedenken in einer offenen direkten Diskussion mit den Betreibern (TSD) und vor allem auch mit Herrn Gasteiger darzulegen und zu erörtern.

Beschluss:

Zusammengefasst wird vom Gemeinderat einstimmig folgende, weitere Vorgangsweise vereinbart:

- Die dem Bürgermeister übergebenen Unterschriftenlisten sollten dringend an die TSD mit einem entsprechenden Schreiben, in welchem auch die Ängste der Bevölkerung dargelegt werden, übermittelt werden.
- Die TSD wird um eine schriftliche Auskunft zum derzeitigen Stand der Angelegenheit gebeten.
- Es sollte jedenfalls eine Informations- und Diskussionsveranstaltung in der Volksschule organisiert werden, zu der neben der Bevölkerung auch Herr Gasteiger und die TSD eingeladen werden.

8. Bericht über den derzeitigen Stand betreffend Gründung eines Wasserverbandes:

Der Bürgermeister informiert, dass heute eine Veranstaltung „Auftakt zur Entwicklung Wasserverband unteres Unterinntal“ bei der Bezirkshauptmannschaft Kufstein stattfand, bei der u.a. auch alle 8 Bürgermeister der betroffenen Gemeinden (Brixlegg bis Angath) eingeladen und auch anwesend waren.

Es ist geplant in Zukunft monatlich solche Treffen durchzuführen und auch die Planungstreffe sollen weiter stattfinden.

Es wurde vereinbart, dass die unstrittigen Punkte „abgehakt“ werden sollen.

Für die beabsichtigte Gründung dieses Wasserverbandes gibt es drei Möglichkeiten:

- eine freiwillige Gründung
- eine zwangsweise Gründung oder
- die Aufgaben des Verbandes werden durch das Land bestimmt

Zielsetzung wäre natürlich eine freiwillige Gründung des Verbandes, was jedoch aus Sicht der Gemeinde Radfeld nur bei entsprechendem Einvernehmen möglich sein wird.

Bezüglich Retentionsflächen hat sich die Sachlage in letzter Zeit insofern geändert, dass Flächen in Angath und Kramsach zusätzlich aufgenommen wurden und sich die vorgesehenen Flächen in Radfeld dadurch verringert haben, wodurch nun in Radfeld

Retentionsflächen nur mehr nördlich der Bahn vorgesehen sind. Außerdem wurde in der Zwischenzeit eine Studie hinsichtlich Möglichkeiten für alpine Retentionsflächen in den Seitentälern in Auftrag gegeben, die bis Ende Dezember des Jahres vorliegen sollte.

Der Bericht des Bürgermeisters wird zur Kenntnis genommen.

9. Auftragsvergabe zur Erstellung der Gemeindezeitung und weitere redaktionelle Vorgangsweise:

Der Bürgermeister berichtet, dass die Erstellung der Gemeindezeitung mit Beginn der neuen Gemeinderatsperiode neu auszuschreiben war. Er stellt fest, dass man mit der Arbeit und insbesondere der Qualität der Fa. BIWI sehr zufrieden war.

Zu dieser Ausschreibung sind 5 Angebote eingelangt. Nach Prüfung und Richtigstellung einiger Angebote (hinsichtlich der ausgewiesenen Mehrwertsteuer auf 10%) ergibt sich folgende Reihung (Nettopreis bei 28 Seiten):

1.	Fa. Druck 2000, 6300 Wörgl	€ 1.699,63
2.	Fa. Aschenbrenner, 6330 Kufstein	€ 1.828,00
3.	Fa. Peters Beschriftungen, 6200 Jenbach	€ 2.082,92
4.	Fa. Biwi Data, 6241 Radfeld	€ 2.474,00
5.	Fa. Stern Druck, 6263 Fügen	€ 2.617,00

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat mit 13 Stimmen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung (GR Brigit Widmann wegen Befangenheit nicht stimmberechtigt) die Vergabe des Auftrages zur Erstellung der Gemeindezeitung (einschl. Druck) an die Fa. Druck 2000, 6300 Wörgl, auf Grundlage des vorliegenden Angebotes vom 27.04.2016, vorerst für die Dauer eines Jahres.

Anschließend verweist der Bürgermeister darauf, dass die Zusammenarbeit im derzeit bestehenden Redaktionsteam ausgesprochen schlecht sei. Aus diesem Grund beabsichtige er ein neues Team zu bilden, welches mit ihm in Zukunft diese Arbeit übernimmt.

Er stellt daher den Antrag, das derzeitige Redaktionsteam aufzulösen und ihn zu autorisieren, sich ein neues Team nach seinen Vorstellungen zu suchen bzw. zusammenzustellen. Er werde diesbezüglich an alle im Gemeinderat vertretenen Listen herantreten.

Nach kurzer Debatte wird dem vorstehenden Antrag des Bürgermeisters mit 10 Stimmen bei 5 Gegenstimmen zugestimmt.

10. Beratung in der Rechtssache „Poidlweg“:

Dieser Punkt wird einstimmig unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Protokollierung unter **Zahl:** 004-9-06/2016

11. Subventionsansuchen:

- a) Al. Peter Hausberger bringt dem Gemeinderat ein Ansuchen von Dr. Andreas Riedler um eine finanzielle Unterstützung zur Produktion eines Filmes „FRAUEN GEGEN HITLER“ in der Höhe von € 500,- zur Kenntnis.

Der Film versteht sich als Aufarbeitung von nie gezeigtem Archivmaterial, persönlichen Interviews mit den Überlebenden und, wie heute bei Dokumentationen üblich, künstlerisch gestalteten Animationen. Die meisten in der Dokumentation porträtierten Frauen stammen aus Tirol und lebten dort mit ihren Familien. Eine dieser Frauen ist ANNA MARGREITER aus RADFELD, welche eine der wichtigsten Frauenfiguren ist, die in diesem Film gezeigt werden. Sie wurde gemeinsam mit zwei anderen Frauen wegen Vergehens nach dem sogenannten „Heimtückegesetz“ angezeigt, nachdem sie Schmähschriften über Adolf Hitler in Umlauf gebracht hatte.

Der Film soll nicht nur im Kino und ausgewählten Festivals, sondern auch in Schulen und Universitäten gezeigt werden sowie in entsprechende Bildungsprogramme eingebaut werden.

Auf Vorschlag des Bürgermeisters wird das Ansuchen zwecks Einholung weiterer Informationen (Filmkosten, Finanzierung, Sponsoring) einstimmig zurück gestellt.

- b) Al. Hausberger bringt dem Gemeinderat ein Ansuchen von Christiane Jürges um Unterstützung zu den Schulbeiträgen für Emily Jürges für die Schmittelschule Neustift zur Kenntnis (für das Schuljahr 2016/2017). Emily besucht seit 2015 diese Schule im Stubaital (dzt. die 2. Klasse). Die Gemeinde Radfeld wird ersucht, einen Teil der erheblichen Ausbildungskosten von rd. € 4.150,- im Schuljahr 2016/2017 zu übernehmen.

Neben diesen Kosten fallen für die Eltern noch wesentlich höhere Kosten für Kleidung, Skier, Liftkarten etc. an. Emily Jürges ist schulisch und sportlich sehr erfolgreich.

Das Ansuchen wird an den Ausschuss für Jugend und Sport zur Vorberatung übertragen.

12. Anträge, Anfragen, Allfälliges:

- a) Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat eine Einladung des Abwasserverbandes für die 25-Jahr-Jubiläumsfeier der Kläranlage Radfeld am 8. Okt. 2016 zur Kenntnis (mit Teilnehmer- bzw. Anmeldeliste).
- b) Der Bürgermeister informiert, dass er den Gemeinderäten heute ein Schreiben (Mail) der IG Inntal (Fritz Gurgiser), per Mail weitergeleitet hat. Mit diesem Mail wurde das an den Herrn LH Günther Platter und LH-Stv. Josef Geisler übermittelte Schreiben zur Kenntnis übermittelt.
- c) Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat über das eingelangte Schreiben der Lehensassen, mit dem die Gemeinde informiert wird, dass die Agrargemeinschaft der beabsichtigten Neufassung einer weiter „oben“ (oberhalb der bereits gefassten

Quellen) austretenden Quelle bzw. „Quellastes“ zustimmt, nachdem gutachterlich festgestellt wurde, dass diese mit der ausgeleiteten Quelle „zusammenhängt“.

GR Friedrich Huber erläutert dazu, dass für die beabsichtigte Fassung nach Auskunft des Büros Pollhammer eine wasserrechtliche Bewilligung notwendig sei. Er empfehle außerdem die Quelle vor Fassung noch über einen längeren Zeitraum auf Trinkwassertauglichkeit (bakteriologische Untersuchungen) zu testen.

Es wird vereinbart, die weitere, sinnvolle Vorgangsweise mit dem Büro Pollhammer abzuklären.

- d) GR Adolf Streng verweist auf die Dringlichkeit zur Reparatur der Netze beim Trainingsplatz, welche auch im Voranschlag vorgesehen ist. Es bestehe dringend Handlungsbedarf, nachdem es bereits sehr kritische Vorfälle gegeben hat.

In der folgenden Debatte werden die zahlreichen, bestehen Probleme erörtert und diskutiert (unbefugte Benützung, Vandalismus, Haftungsfragen usw.).

Es wird vereinbart, den straßenseitigen Bereich rasch zu reparieren.

13.Mietzins- und Annuitätenbeihilfeansuchen.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde 1 Mietzinsbeihilfeansuchen genehmigt bzw. befürwortet.

Um 23.27 Uhr beendet der Bürgermeister nach Erschöpfung der Tagesordnung die Sitzung.

g. g. g. :

.....
(Bürgermeister)

.....
(Schriftführer)

.....
(Gemeinderat)

.....
(Gemeinderat)